

DIE LINKE.

in Niddatal

Gute Arbeit in Niddatal, aber Schiefelage bei den Kommunal финанzen

Die rot-rote Koalition hat einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Zum ersten Mal seit Jahren wurde eine schwarze Null erreicht. Aber zu welchem Preis?

Die Finanzausstattung der Kommunen reicht nicht aus, um die nötigen Aufgaben zu erfüllen. Und die Vorgaben der Kommunalaufsicht sind eng gesteckt.

Der ausgeglichene Haushalt gehört zu diesen Vorgaben. Die rot-rote Koalition hat die schwarze Null erreicht. Aber dafür waren harte Einsparungen gesteckt.

Fortsetzung Seite 2

Fraktion DIE LINKE./Piraten im Kreistag setzt sich für Sanierung der Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule ein.

Lesen Sie Seite 2

Kita-Gebühren staffeln

Solange der Haushalt von der Kommunalaufsicht diktiert wird, müssen die Gebühren so gestaffelt sein, dass sich alle Familien die Kita leisten können! Aber eigentlich muss auch die frühkindliche Bildung kostenfrei sein.

Jeder weiß, wie wichtig die frühkindliche Förderung ist. Je früher Kinder gefördert

werden, desto besser sind ihre Entwicklungschancen. Deshalb ist besonders wichtig

März/April 2017/Nr. 2

Lesen Sie weiter auf Seite 2



Rolf Lamade

„Das Bürgerhaus Ilbenstadt bleibt. Der Abrissbeschluss wurde mit der rot-roten Mehrheit rückgängig gemacht. Jetzt kommt es darauf an, den Beschluss auch umzusetzen. Der Bauplan muss mit den Vorschlägen der Initiative „Pro Bürgerhaus Ilbenstadt“ ergänzt werden. Die Stadtverwaltung und der Bauausschuss sind im Verzug. Eigentlich sollte den Bürgern im ersten Quartal 2017 die endgültige Lösung vorgestellt werden. Dann könnte ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung den Startschuss geben.“

Fortsetzung von Seite 1

Gute Arbeit in Niddatal, aber Schiefelage bei den Kommunal финанzen

gen nötig. Auch hier kann Niddatal nicht selbständig entscheiden: es wird vorgegeben, dass freiwillige soziale Leistungen gestrichen und Gebühren erhöht werden müssen.

Das tut weh!

Die rot-rote Koalition hat deshalb die Grundsteuern angehoben. Die Grundsteuer A um 30 und die Grundsteuer B um 97 Prozentpunkte. Das bringt der Stadt 269 000 Euro mehr. Auch die Gewerbesteuer wurde um 23 Prozentpunkte erhöht, was 46 000 Euro Mehreinnahmen ergibt. Auch wir, DIE LINKE, mussten diesen schmerzlichen Erhöhungen zustimmen. Das ist der Preis dafür, dass andererseits mit der Koalition Verbesserungen in Niddatal möglich wurden: Erhalt des Bürgerhauses Ilbenstadt, Erhalt der grünen Lunge, keine Nutzungsgebühren für die Musikschule und die Bürgerhäuser, Gelder für die Jugendarbeit, neue Kita-Plätze.

Verteilung der Kosten der Kinderbetreuung

Stadt Niddatal 73,1 %
Land Hessen 13,5 %
Elternbeiträge 12,9 %
Sonstige 0,5 %

Auch hier zeigt sich, dass das Land Hessen die Kommunen im Stich lässt. DIE LINKE. sieht in der Kinderbetreuung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Bund und Land zu finanzieren ist.

Fortsetzung von Seite 1

Kita-Gebühren ...

tig, dass wirklich ALLE Kinder diese Förderung erhalten - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das Land Hessen hat einen Bildungsplan von 0 bis 10 Jahren aufgestellt. Daran müssen natürlich auch Kinder aus einkommensschwachen Haushalten teilnehmen können. Deshalb müssen die Kita-Beiträge nach Einkommen gestaffelt sein!

Fraktion DIE LINKE./Piraten im Kreistag setzt sich für Sanierung der Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule ein.

Im Spätsommer 2016 informierten sich Rudi Kreich und Gabi Faulhaber vor Ort über den bedauernswerten Zustand der Sportanlage. Da die Sportanlage dem Wetteraukreis gehört, hat DIE LINKE. im Kreistag eine Anfrage gestellt. Wir wollten wissen, ob dem Wetteraukreis der Zustand der Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule bekannt ist. Ob eine grundlegende Sanierung geplant ist, wann diese Sanierung durchgeführt werden soll

und welche Sanierungsmaßnahmen geplant sind. Am 11. Januar 2017 kam folgende Antwort: Der Anlagenzustand ist dem Fachbereich 5 (Bildung und Gebäudewirtschaft) bekannt. Seit 18 Monaten gebe es Gespräche, aber es sei noch zu keiner Entscheidung gekommen. Für die Pflege- und Unterhaltungsarbeiten sei die Stadt zuständig. Das heißt im Klartext: Die verschuldete Stadt soll möglichst viel der Kosten tragen.



Wolfgang Bott

Deutschland boomt - aber was hat Niddatal davon?

In den Nachrichten wird beinahe täglich über sprudelnde Steuereinnahmen berichtet. Angeblich geht es uns so gut, wie nie zuvor. Warum aber muss dann Niddatal die Grund- und Gewerbesteuern erhöhen? Warum gibt es Straßenbeiträge? Und warum werden Gebühren teurer?

Grund dafür ist die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen und Kreise. Bund und Land verlangen immer neue Aufgaben - aber zahlen wollen sie nicht. Das betrifft zum Beispiel die U3-Kinderbetreuung, die Flüchtlingsunterbringung oder auch das zukünftige Schülerticket. Derzeit steigen zwar die Einnahmen der Stadt aus dem

Kommunalen Finanzausgleich. Jedoch auch die Ausgaben steigen stetig.

Einsparen und Kürzen bis es kracht

Die Stadt Niddatal gehörte zu den Kommunen, die keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnten. Per Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und Sport wurden wir verpflich-

tet, jährlich Einsparungen in Höhe von mindestens 40 Euro pro Einwohner vorzunehmen - insgesamt 400 000 Euro. Um die Einnahmen zu erhöhen, wurden die Grundsteuersätze vorgegeben. Bei Kommunen ohne ausgeglichenem Haushalt muss noch ein Zuschlag von 10% berechnet werden. Zudem wurden wir zu einem Haushaltssicherungskonzept verpflichtet. Im Jahr 2016 erhöhte das Land Hessen zwar die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich, jedoch wurden gleichzeitig Sonderzuwendungen gestrichen, bzw. eingeschränkt.

Und es droht bereits neues Ungemach

Nachdem die ersten Kommunen ausgeglichene Haushalte vorgelegt haben, plant das Land Hessen nun neue Vorschriften: Kassenkredite sollen abgebaut werden.

Mit Kassenkrediten in Höhe von 9 Millionen Euro steht Niddatal im Soll. Das würde bedeuten, dass künftig 400 000 Euro im Jahr gekürzt werden müssten. Weitere Erhöhungen der Gemeindeabgaben wären die Folge.

Haushalt Niddatal 2015:

Einnahmen aus Steuern und Umlagen 10,79 Mio Euro

...aus Gebühren und Gemeindeabgaben 1,56 Mio Euro

Ausgaben (nur die drei größten Posten):

Kreisumlage und Schulumlage 5,11 Mio Euro

Personalkosten (ohne Kinderbetreuung) 2,30 Mio Euro

Kinderbetreuung insgesamt 2,29 Mio Euro

Wiederkehrende Straßenbeiträge

Zur Konsolidierung des Haushalts schreibt die Kommunalaufsicht vor, dass Straßenbeiträge erhoben werden. Macht das die Stadt nicht, wird der Haushalt nicht genehmigt.

Man kann sich also nicht aus-suchen, ob man den Bürgerinnen und Bürgern Straßenbeiträge abknöpfen will oder nicht. Man muss!

In dieser Zwangslage spricht sich DIE LINKE. für „wiederkehrende“ Beiträge aus.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass ein entsprechender Entwurf vom Magistrat erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung spätestens zum Ende des 3.Quartals 2017 zur Beratung vorgelegt wird. Der Magistrat soll die Erfahrungen

anderer Kommunen berücksichtigen, die schon solche Satzungen haben. Für Neubaugebiete soll weiterhin die bisherige Regelung (Erschließungskosten) gelten und sie sollen für 15 bis 20 Jahre vom wiederkehrenden Straßenbeitrag befreit sein.

Einmalig oder wiederkehrend - was ist der Unterschied?

In Niddatal sind einige Straßen dringend grundlegend sanierungsbedürftig.

„Einmalige Straßenbeiträge“

würden für jeden Anwohner bei der Sanierung anfallen.

Das kann - je nach Kosten - schnell zu einer finanziellen Überforderung führen.

Um dies zu vermeiden, plädieren wir für „wiederkehrende Straßenbeiträge“.

Das heißt, jährlich wird von den Bürgern eine Gebühr erhoben, damit die Last auf möglichst viele „Schultern“

verteilt wird und niedrig bleibt. Immerhin werden Straßen im Regelfall nicht nur von den Anwohnern genutzt. Und es

kann nicht sein, dass Anwohner stark befahrener Straßen allein für riesige Sanierungskosten aufkommen müssen.

ViSdP.: Rudi Kreich, Assenheim, mail: info@die-linke-wetterau.de, www.die-linke-wetterau.de

Jugendtreff

Die Fraktion DIE LINKE / Piraten beantragte im Kreistag, dass das Vereinshaus des Tischtennisvereins Assenheim wieder von der Stadt genutzt werden kann. Der Verein hatte den Anbau selbst errichtet. Selbstlos stellte er ihn zur Verfügung, als der Kreis Notunterkünfte

für Flüchtlinge suchte. Derzeit steht er leer und könnte für einen Jugendtreff genutzt werden. Dieser Antrag wurde von Landrat Arnold (SPD)

vehement abgelehnt, obwohl die SPD Niddatal um Unterstützung gebeten hatte.

Die Koalition CDU/SPD im Kreistag folgte dem Landrat einstimmig. Das heißt: Offensichtlich lehnten auch die

Niddataler Kreistagsabgeordneten Michael Hahn (CDU) und Bernhard Hertel (SPD)

den Antrag ab. SPD und LINKE in Niddatal beantragten nun, dass der Magistrat prüfen soll, ob sich

die leerstehende ehemalige Metzgerei Klein, in der Nieder-Wöllstädter Straße 1 in Assenheim, als Jugendzentrum eignet.